

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Wir Streikbrecher können einen totzuschlagen.

Durch den § 152 der Gewerbeordnung ist den gewerblichen Arbeitern in Deutschland das Koalitionsrecht gewährleistet, aber der § 153 steht als drohender Galgen daneben. Der tatsächliche Zustand ist bei uns so, daß die Arbeiter das Recht haben, zum Zweck der Erzielung besserer Arbeitsbedingungen Koalitionen zu bilden, aber wenn sie von dem Recht Gebrauch machen, werden sie bestraft. Das Maß der Koalitionsfreiheit in Deutschland ist fast vollständig von der Willkür der Polizei abhängig. Ein wesentlicher Bestandteil des Koalitionsrechtes ist die Befugnis, Streiks zu führen. Und hierzu gehört die Aufstellung von Streikposten, welche diejenigen, welche von den Verhandlungen der Unternehmer betört, die Absicht haben, Streikbrecherdienste zu leisten, über die Verhältnisse aufzuklären und versuchen, sie von der Aufnahme der Arbeit abzuhalten.

Der Durchschnittsbourgeois kann sich nur schwer darcin finden, daß der Arbeiter dieses Recht hat. Er macht zwar selbst von dem Recht, Waren zu den für ihn günstigsten Bedingungen zu kaufen oder zu verkaufen, täglich Gebrauch, und es ist ihm selbstverständlich, daß ein Handel unterbleibt, wenn sich Käufer und Verkäufer nicht verständigen können, aber daß auch der Arbeiter das gleiche Recht bezüglich seiner Ware Arbeitskraft haben soll, das will ihm nicht recht in den Sinn. Die alte überlebte Auffassung, nach welcher der Unternehmer der Brotergeber seiner Arbeiter ist und diese ihm dafür Dankbarkeit und Gehorsam schulden, sieht noch ziemlich fest in den Köpfen der Spießbürger und noch fester in denen der Polizisten der verschiedenen Grade. Das Wort des verachteten Spießbüchlers Puttkamer von der Hydra der Revolution, die hinter jedem Streik lauert, hat in den deutschen Polizeihirnen mächtig Wurzel geschlagen.

Es ist eine Ausnahme, die man jedesmal anerkennend registriert, wenn sich die Polizei bei einem Streik objektiv und anständig verhält. In der Regel betrachten die Behörden streikende Arbeiter von vornherein als Aufwiegler oder zum mindesten als gefährliche Menschen, von denen man sich alle Schandtatzen versehen muß, und danach richten sie ihr Verhalten ein. Je schlimmer in der polizeilichen Auffassung die Streikenden sind, desto höher steigen die Streikbrecher in der Achtung der Polizei. Daß die Streikbrecher moralisch minderwertige Menschen sind, war schon lange notorisch, ehe diese Charakterisierung in einem Gewerbegerichtsurteil erschien, und gerade die Polizei ist darüber am besten unterrichtet. Sie kennt das Licht- und arbeitscheue Gesindel am besten, das nur in Streikzeiten seine Arbeitswilligkeit entdeckt. Aber so bald die vollkommenen Existenzen sich als Streikbrecher antreiben lassen, genährt ihnen die Polizei einen Gottesfrieden; sie wird zum sorgsamsten Hüter derselben Elemente, mit welchen sie sonst in ständigem Kriege lebt.

Diese sorgsame Behandlung der Streikbrecher ist zum Teil auf die Gesehgebung zurückzuführen, welche den arbeitswilligen Elementen einen besonderen Schutz gewährt. Genießen sie doch hinsichtlich des Schutzes ihrer Ehre ein Vorkrecht, welches sie nur mit den Landesfürsten teilen brauchen. Gewöhnliche Menschen müssen, wenn sie sich in ihrer Ehre gekränkt fühlen, die Gerichte anrufen, sich ihrer anzunehmen, wird aber ein Streikbrecher oder ein Landesfürst beleidigt, dann übernimmt der Staatsanwalt die Strafverfolgung ohne weiteres, kraft seines Amtes. Oh diese Gleichstellung für die Fürsten besonders schmeichelt, wollen wir nicht weiter untersuchen.

Um die Streikbrecher vor jeder Beschädigung ihrer empfindlichen Ehre von vornherein zu schützen, sucht die Polizei in vielen Fällen jede Berührung der Arbeitswilligen mit den Streikposten zu verhindern. Das geschieht am radikalsten durch ein einfaches Verbot des Streikpostenstehens. Zum großen Leidwesen der Polizei sind solche Verbote gesehwandrig, und die Sünder, die sie übertreten, müssen von den Gerichten freigesprochen werden. Aber die Polizei ist stündig und läßt sich so leicht nicht verblüffen. Sie weist die Streikposten nicht mehr fort, weil sie Streikposten stehen, sondern weil sie ein Verkehrtshindernis bilden, und das auch in Straßen, wo außer dem Streikposten und dem Polizisten keine Menschenseele zu sehen ist. In solchen Fällen ist ein Appell an die Gerichte vergeblich. Die gelehrten Richter beugen sich in Bescheidenheit vor der Weisheit der Polizei. Sagt diese, daß die Begünstigung des Streikpostens aus Rücksicht auf den Verkehr erfolgt ist, dann ist die Sache in Ordnung, denn der Richter

wagt es nicht, die Berechtigung der polizeilichen Anordnung nachzuprüfen.

Es ist begreiflich, daß die Streikbrecher, die sich von der Polizei, dem Gesetz und den Gerichten in solcher Weise beehrt sehen, übermütig werden. Jeden Ehrgefühles bar, fühlen sie sich als Herren der Situation. Nicht selten werden diese Subjekte sogar noch von den Unternehmern bewaffnet, was in ihnen die Meinung erweckt und stärkt, daß sie von den Waffen auch Gebrauch machen müssen. So wird dieser Abschaum der Menschheit zu einer Gefahr für das gesamte Publikum und insbesondere für die Streikenden. In einer ganzen Reihe von Fällen sind die streikenden Arbeiter von den Streikbrechern nicht nur bedroht, sondern auch tödlich angefallen und schwer verletzt worden, und zum Überflus werden dann noch nicht selten nicht die wegelagerischen Streikbrecher, sondern die von ihnen Verletzten vor das Gericht geschleppt und verurteilt, während der Täter frei ausgeht. Bei den Streikbrechern setzt sich infolgedessen die Ansicht fest, daß sie über dem Gesetz stehen. Immer häufiger hört man das Wort: „Wir Arbeitswillige können einen totschlagen“, und gerade in neuester Zeit mehren sich die Fälle, wo die Streikposten von rabiaten Streikbrechern angefallen wurden.

Wohin die schändliche Behandlung der Streikenden durch die Polizei und die Aufpöpelung des Übermuts der Streikbrecher führt, das zeigt der Mordanfall in Nürnberg, welchem unser Kollege Heinrich Wendler zum Opfer gefallen ist. Durch das ungeschickte und aufreizende Vorgehen der Nürnberger Polizei hat sich ein Streit, der unter normalen Verhältnissen der unbeteiligten Bevölkerung der Stadt kaum zum Bewußtsein gekommen wäre, zu einer Aktion ausgewachsen, die ganz Nürnberg in Aufregung versetzt. Die Zelluloidfabrik von Gebr. Wolff liebt es, ihre Arbeiter von Zeit zu Zeit durch Lohnabzüge zu erfreuen. Die letzten Abzüge waren so bedeutend, daß, nachdem alle Versuche einer Verständigung fehlgeschlagen waren, Mitte August die Arbeit eingestellt wurde. Von den circa 220 Ausständigen gehören etwa 60 dem Holzarbeiterverband an, die übrigen sind zum Teil im Metallarbeiterverband, zum Teil im Fabrikarbeiterverband organisiert.

Bei diesem Streit hat nun die Polizei von vornherein in äußerst provokatorischer Weise für die bestreikte Firma Partei genommen. Statt ihrer Pflicht entsprechend für Ruhe und Ordnung zu sorgen, hat die Polizei alles getan, um Ansammlungen des Publikums vor dem Fabrikgebäude zu veranlassen. Dazu benutzten sich die Streikbrecher, welche die Fabrik herumwandelte, überaus rabiat; mußten sie doch, daß die Schandtatzen der Polizei manches herauszubringen. Es kam es schließlich zu Zusammenstößen zwischen den Streikbrechern und den Streikenden, die dann von der Polizei in ihren Tagesberichten an die Zeitungen in so entstellter Weise geschildert wurden, daß diese offensichtliche Parteilichkeit die berechnete Entstellung der gesamten Nürnberger Arbeiterschaft erregte.

Die Aufregung stieg zur Siebhöhe, als der von den Messerflüch der Streikbrecher zerfleischte Drechsler Heinrich Wendler am Morgen des 16. Oktober bewußtlos auf der Straße aufgefunden wurde und bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb. Die Streikbrecher haben ihre Drohung wahr gemacht, hier haben sie, im Vertrauen auf die Nachsicht der Behörden gegen ihre Brutalitäten, einen Streikenden totgeschlagen! Die Empörung über den feigen Mordanschlag brachte die gesamte Nürnberger Arbeiterschaft in Bewegung. Die Menge, die dem Ermordeten am Montag, den 18. Oktober, das letzte Geleit gab, wird auf 40—50 000 geschätzt.

Bei der Rückkehr der Massen von der in jeder Beziehung ruhig und würdig verlaufenen Leichenseier benutzte die Polizei wieder die Gelegenheit, um Unruhen zu stiften. Durch sinnlose Versperungen, durch Attacken auf die eingeteilte Volksmenge und die sonstigen bekannten Polizeimittel brachte sie es fertig, die Leidenschaften aufs höchste zu entflammen. Das gelang ihr um so leichter, als die überall vorhandenen rabaukustigen Elemente die von der Polizei geschaffene Situation benutzten, um ihren Gefühlsfreien Lauf zu lassen. Nicht nur vor der bestreikten Fabrik, sondern in verschiedenen anderen Teilen der Stadt kam es zu Zusammenstößen des Publikums mit den nervösen Polizisten. Die Versuche der bekannten Arbeiterführer, Ruhe zu stiften, hatten in den meisten Fällen Erfolg; aber die geniale Polizei sorgte immer wieder für neue Ansammlungen und für neue Zusammenstöße.

Am anderen Tage veröffentlichte der Magistrat eine Bekanntmachung, in welcher mit der Inkraftsetzung der §§ 115 und 116 des Strafgesetzbuches (Aufrehrparagraphen), gedroht wurde. Zum Glück blieb es bei der

Androhung; die Firma Gebr. Wolff scheint endlich begriffen zu haben, was sie mit ihrer Hartnäckigkeit angerichtet hat. Vielleicht ist es auch einem sanften Druck der Behörden gelungen, sie zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Durch Vermittlung des Fabrikinspektors, eines Vertreters der Regierung und des Gewerbegerichtsvorsitzenden kam es noch am 20. Oktober zu einer Verständigung. Die Firma versprach, die streitigen Akkordlöhne mit einer Arbeiterkommission zu regeln und alle Streikenden wieder einzustellen. All die Aufregung und deren schlimme Folgen wären vermieden worden, wenn die Behörden gleich eine Vermittlungsaktion in die Hände genommen hätten, statt die Polizei gegen die Streikenden zu heizen und dadurch die Streikbrecher zu ihrem aggressiven Verhalten zu ermuntern.

Die Uneinigkeit der Arbeiter hat ein blutiges Opfer gefordert; die beschämende Tatsache, daß es immer noch Arbeiter gibt, die aus niedrigen Motiven ihre eigenen Interessen schädigen, und die sich dazu verleiten lassen, die Waidwaffe gegen die eigenen Klassenossen zu kehren. Unser toter Kollege möge uns eine Mahnung sein, nicht zu erlahmen in der Aufklärungsarbeit. Die Streikbrecher müssen ausgerotet werden. Nicht, indem wir die gleichen Waffen anwenden, deren sie sich bedienen, sondern durch unablässige Belehrung und das gute Beispiel müssen wir wirken. Und wenn wir es erreichen, daß die Solidarität der Arbeiterklasse zur vollen Wahrheit geworden ist, dann ist dieses Opfer nicht vergeblich gefallen.

## Vertragsfragen im Holzgewerbe.

III.

—st.— Nach den Leipziger Verhandlungen ist es gelungen, einige weitere Städte dem Staffelmäß näher zu bringen, und zwar wurde die Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden verkürzt in Bremen, Breslau und Nürnberg. Besonders bedeutsam und fördernd für die Staffeldie ist aber die glücklich beendete Bewegung in Rheinland-Westfalen, und zwar nach zwei Richtungen hin. Neben den Widerständen, die sich aus den Reihen des Schützverbandes gegen die Staffelung der Arbeitszeit selbst ergeben, kommt in Betracht, daß die Reichardt'sche Organisation auch in vielen Großstädten noch gar nicht vertreten ist.

Inbesondere in Westfalen zählt dieselbe wenig Anhänger. Dort dominiert der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auch für den Schreinerberuf, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Maurer- und Zimmermeister den größten Prozentsatz der vorhandenen Schreiner beschäftigen. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ist nun von jeher allzusehr bestrebt, die Arbeitszeit der Schreiner nach derjenigen der Bauarbeiter zu bemessen, aber nicht nach dem Durchschnitt, was noch zu verstehen wäre, sondern nach der Arbeitszeit in den Sommermonaten, wo dieselbe 10 und mehr Stunden täglich beträgt. Es ist ja bekannt, daß der Arbeitgeberbund sogar bestrebt war, die Schreiner mit unter den allgemeinen Korporativvertrag des Baugewerbes zu bringen. Dazu kam, daß die Organisation der Kollegen gerade in Rheinland-Westfalen von jeher viel zu wünschen übrig ließ, und daß insbesondere durch die vorhandenen verchiedenen Gewerkschaftsrichtungen die Stofkraft erheblich leiden mußte. So waren denn in Rheinland-Westfalen bis zum Vorjahre nur die Städte Köln, Düsseldorf und Elberfeld mit neunstündiger Arbeitszeit vorhanden.

Aber nicht allein der Arbeitgeberbund hinderte uns an der Verkürzung der Arbeitszeit, sondern die Arbeitgeber beriefen sich auch auf die längere Arbeitszeit besonders in der Eisenindustrie. Bei den Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeberschutzverband konnten sich die Vertreter desselben, und zwar mit einem gewissen Recht, auf die längere Arbeitszeit in Westfalen berufen, und forderten immer wieder, daß erst dort die Verkürzung derselben in erheblichem Maße vor sich gehen müsse, bevor die Arbeitszeit im übrigen Deutschland weiter verkürzt werden könne. Diesen Einwänden den Boden zu entziehen, mußte unsere Organisation besonders bestrebt sein und alle Mittel anwenden, um zum Ziele zu kommen. Das ist nun bei der letzten Bewegung zum großen Teil gelungen. Die nachstehende Tabelle möge dieses beweisen. Die erste Zahl ist die im Jahre 1902 übliche tatsächliche Arbeitszeit, die zweite diejenige im Jahre 1909 und die dritte ist die Arbeitszeit, welche im Laufe der jetzigen Vertragsperiode erreicht wird.

Gelsenkirchen . . .	61 — 60 — 56
Wanne . . . . .	61 — 60 — 56
Dortmund . . . . .	61 — 56 — 54
Essen . . . . .	63 — 56 — 54
Sagen . . . . .	61 — 56 — 54
Herne . . . . .	64 — 60 — 56
Duisburg . . . . .	63 — 60 — 56
Necklinghausen . . . . .	63 — 60 — 56
Gladbek . . . . .	? — 60 — 57
Bochum . . . . .	61 — 57 — 54

Das sind riesige Fortschritte! Arbeitszeitverkürzungen von 4 Stunden pro Woche, die hoffentlich den Schutzverband zu der Einsicht bekehren, daß in den zurückgebliebenen Orten des übrigen Deutschland ähnliches möglich ist. Wir wollen rückhaltlos anerkennen, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Rheinland-Westfalen, nachdem er gezwungen war, in einzelnen Orten die Arbeitszeit auf 9 Stunden zu verkürzen, bestrebt war, die übrigen Orte diesem Maße möglichst nahe zu bringen. Daß aber die Schutzverbände alles aufgeboten haben, dieses zu verhindern. Es ist dieses bei den kleinen Machern im Schutzverband ja auch nicht zu verwundern, wenn Leute wie Herr Siebel-Düsseldorf, Mitglied des Vorstandes im Schutzverband, sich bezüglich der Arbeitszeit noch nicht einmal an abgeschlossene Verträge halten. Die Inkonsistenz der Leitung des Schutzverbandes muß ja mit Naturnotwendigkeit nach unten abfließen.

Von den rheinisch-westfälischen Städten kann nun allerdings wohl noch keine als „gestaffelt“ angesehen werden; doch ist es nicht unmöglich, daß beim Ablauf der gegenwärtigen Verträge die Staffelnung auf der ganzen Linie möglich ist. Dazu würde als Vorbedingung allerdings notwendig sein, daß unsere Organisation in diesem Bezirk erheblich gestärkt und ausgebaut wird. Weiter auch, daß in den einzelnen Orten die vertraglich festgesetzte Arbeitszeit in allen Betrieben zur Durchführung gelangt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auch eine größere Anzahl Städte im übrigen Deutschland gestaffelt sein. Schon jetzt können, neben den früher genannten, die Orte Klumburg, Helmstedt, Hujum, Lockstedt, Bürgel i. Th., Rumpenheim und einige weitere als gestaffelt angesehen werden.

Auch die Arbeitgeber einer Anzahl Orte haben damit gerechnet, daß die Klassifizierung der Städte bald vor sich gehen würde. So besagt z. B. der Vertrag für Greifswald, „Die Arbeitszeit beträgt . . . Stunden, bis die geplante Klassifizierung der Städte stattgefunden hat.“ und im Vertrag für Biersen heißt es: „Sollte zwischen den Zentralvorständen obiger Verbände eine andere Arbeitszeit für Städte wie Biersen vereinbart werden, so soll diese alsdann maßgebend sein.“ In einigen anderen Orten sind wir mit der Verkürzung der Arbeitszeit bis zur „Klassifizierung“ verdrängt. Wir haben auch schon angedeutet, daß die Krise ein großes Teil Schuld daran trägt, daß die Klassifizierung nicht mehr Anhänger in den Kreisen der Arbeitgeber gewonnen hat. Jetzt aber, wo es dem wirtschaftlichen Aufschwung entgegen geht, muß von allen Anhängern die Idee propagiert werden, und da muß auch der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes Farbe bekennen, ob es ihm ernst ist, für die Klassifizierung einzutreten. Die Dinge liegen heute so, daß die Arbeitgeber der großen Städte, insbesondere Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig usw., ein ebenso großes Interesse an der Einstellung der übrigen Städte haben, wie dieses bei den Arbeitern der Fall ist. Es wäre darum an der Zeit, daß die von dem Schutzverbandstag eingesetzte Kommission endlich einmal mit ihrem gesammelten Material ans Tageslicht käme, und man dann versuchte, einen Schritt weiterzukommen.

Nun sind wir der Meinung, daß die Vorstände allein die Staffelnung kaum durchführen können. Es kommen hierfür eine ganze Reihe Gründe in Betracht, die wir jedoch nicht näher erörtern wollen. Unseres Erachtens wäre es ratsam, eine ständige Kommission, in welcher auch die Verbandsvorstände vertreten sein können, einzusetzen, welcher der Auftrag der Staffelnung übermittlekt wird. Diese Kommission kann sehr wohl ohne unparteilichen Vorständen an ihre Aufgabe herantreten, allerdings muß sie aus den Orten zusammengesetzt sein, die als gestaffelt angesehen werden können, also in gewisser Beziehung unparteilich und nicht beteiligt sind. Diese Kommission brauchte sich bei ihren Arbeiten nicht an den Rahmen der jeweiligen Vertragsperioden zu halten, sondern könnte — sobald die in Frage kommenden Organisationen ihr Einverständnis damit erklärt haben — die Arbeitszeit für einen größeren Zeitraum, vielleicht 6 Jahre, im voraus festlegen. Es würde z. B. für die Stadt K., welche gegenwärtig 60stündige Arbeitszeit hat, festgelegt werden, daß im Jahre 1910 die 57stündige, im Jahre 1912 die 56stündige, 1913 die 55stündige und 1914 die 54stündige Arbeitszeit Maß greifen soll. Bei den örtlichen Vertragsverhandlungen würde dann die Frage der Arbeitszeit von vornherein ausfallen, wie dieses schon in den vereinbarten „Regeln“ festgelegt wurde, und die von der Kommission festgelegte Arbeitszeit würde nur in das Vertragschema übernommen.

Wenn der gute Wille beim Schutzverband vorhanden wäre, dann wäre dieser Weg gangbar, und es könnte dann in bezug auf die Arbeitszeit gelten, was Herr Mahardt beim Abschluß der Beratungen über das Regulativ für paritätische Arbeitsnachweise in Eisenach sagte: „Meine Herren, wir sind uns nun wohl alle einig, daß die Frage

einen Streitpunkt bei den künftigen Ortsverhandlungen nicht mehr bilden wird.“ Der Vorstand des Schutzverbandes und die „Fachzeitung“ haben nunmehr das Wort in dieser Frage.

### Zielbewußte Arbeiterpolitik.

II. (Schluß.)

—r. Leider beobachten wir in den unteren Volksschichten eine bedauerliche Zersplitterung, die selbst dann ihre unheilvolle Wirkung ausübt, wenn es sich um die ureigensten Interessen der Volksmassen handelt. Dies liegt vor allen Dingen daran, daß die unteren Schichten viel mehr von Vorurteilen, Schlagworten und Programmsätzen beherrscht werden, als dies bei den oberen Schichten der Fall ist. Ist es nicht ein wahrer Skandal, daß die Arbeiter sich noch um solche Dinge gegenseitig zerfleischen, über die die Besitzenden, wenn sie unter sich sind, höhnisch lachen? Was kümmert sich ein moderner Kapitalist oder ein Agrarier um Religion und religiöse Unterschiede? Die konservativen Junker angeln nach jüdischen Goldfischen, die katholischen Kapitalisten gehen mit den evangelischen Hand in Hand, und selbst die Angehörigen der Fürstenhäuser wechseln ihre Religion wie ein Hemd, wenn sie dadurch Vorteile erringen können. Aber die Arbeiter laufen Phantomen nach und bekämpfen sich bis aufs Blut, weil sie in der Religion einen Fetisch erblicken, vor dem sie knien, wie die Wilden vor ihren Götzen. Die christlichen Arbeiter sind ja abschreckende Beispiele einer solchen Begriffsverwirrung; sie schimpfen auf ihre freier denkenden Klassengenossen, weil diese ihnen ihre „christliche Religion nehmen wollen“. Und einer solchen Wahndee zuzuliebe wollen sie ihr Kleid und ihre Knechtschaft bereuigen, sie wollen lieber Ausbeutungsobjekte bleiben und nach wie vor ein Hundeleben führen, wenn ihnen nur ihre Religion erhalten bleibt. Wie mögen wohl die „oberen Zehntausend“ lachen über das krampfhafteste Bemühen der christlichen Arbeiter, längst überwundene Anschauungen zu konservieren und vor dem Verfall zu bewahren!

Ähnlich liegt es auch mit den politischen Unterschieden. In den höheren Schichten ist die politische Überzeugung ein Geschäft, die Kapitalisten sind bald monarchisch, bald republikanisch geworden, je nachdem es der Vorteil erfordert; die verschiedenen Konfessionen passen sich jeder Staatsform an, indem ihre Vertreter bald vor einem Despoten auf dem Rauche liegen und bald dem souveränen Volke schmeicheln. Sogar die preussischen Junker, königstreue bis auf die Knochen, erklärten, sie wollten ihre „monarchische Gesinnung revidieren und unter die Sozialdemokraten gehen“, wenn man ihnen keine höheren Getreidezölle bewillige. Aber der rückständige Arbeiter, sage und schreibe, der arme, ausgebeutete Proletarier, hat Prinzipien; er kämpft unentwegt für Thron und Altar, für Kaiser und Reich; er bewirft seine andersdenkenden Kameraden mit Dreck und opfert sich auf für Eigentum und Religion und Monarchie. Ein Bild zum Lachen, wenn es nicht gar zu traurig wäre! Das ist doch der Gipfelpunkt der Dummheit, daß Leute, die vor Hunger nicht in den Schlaf kommen können, sich als Stützen von Thron und Altar und als Pfeiler des Kapitalismus aufspielen!

Was die Religion anbelangt, so ist es eine bekannte Tatsache, daß die herrschenden Schichten und vor allen Dingen die Staatsgewalten sich der Religion und des Autoritätsglaubens als eines Mittels bedienen, um ihre Herrschaft zu stützen und befestigen. Trotzdem uns die Geschichte lehrt, daß die Herrschaft der Monarchen über eine Masse auf ganz weltlichem Wege errungen ist, seien sie dem Volke ein, daß übernatürliche göttliche Einflüsse mitgespielt hätten. In der Entstehung und Vergrößerung der Staaten, an dem Emporkommen einer eigenen Klasse hat die brutale Gewalt und der raffinierte Betrug mitgewirkt; dennoch aber liebt man es, das Bestehende als ein Produkt des göttlichen Willens, als eine göttliche Weltordnung hinzustellen. Und auf Grund dieser Fälschung fordert man Achtung vor der bestehenden Ordnung und Gehorsam gegen die Befehle der Machthaber. Dies haben alle Religionen miteinander gemeinsam: daß sie sich zu weltlichen Zwecken mißbrauchen lassen, daß sie den Despoten und Ausbeutern Helferdienste leisten und den Unterdrückten Geduld und Entsagung predigen.

In dieser Beziehung spielt der Jenseitsglaube eine bedeutende Rolle, indem er die armen Volksmassen auf das „bessere Jenseits“ verdrängt, während die oberen Schichten ihnen das Diesseits rauben. Solange die Unterdrückten diesem Glauben Gehör schenken, leisten sie dem Despotismus und dem Ausbeutertum ohne Murren Heeresfolge, sobald aber dieser Glaube ins Wanken gerät, werden die Massen auch auf politischem und sozialem Gebiet unruhig. Der Unglaube ist die Begleitererscheinung einer jeden aufstrebenden Volksbewegung, und das Schwanden des Autoritätsglaubens auf religiösem und weltlichem Gebiete tritt zu gleicher Zeit ein. Das wissen die Herren auch ganz gut, und deshalb treten sie dafür ein, „daß dem Volke die Religion erhalten bleibe“.

Umgekehrt hat eine um ihre Emanzipation ringende Klasse, also auch das moderne Proletariat, ein lebhaftes Interesse daran, religiöse Aufklärung in die Massen zu tragen und den Nimbus zu zerstören, den die Herrschsucht mit schlauer Berechnung um die Religion und die Gottheit gemoben hat. Die kämpfenden Proletarier müssen ihre Kollegen, die noch in den Banden religiöser Wahnbortstellungen liegen, darauf hinweisen, welche Rolle die Religion in den Massenkämpfen spielt und stets gespielt hat; sie müssen ihnen auch dartun, daß die Religion im modernen Leben jede Be-

deutung verloren hat und durch Wissenschaft, Kunst und Technik ersetzt worden ist; sie müssen ihnen endlich auch die Motive enthüllen, aus denen der Eifer der Herrschenden für die Religion entspringt, und sie müssen ihnen zugleich den Widerspruch zwischen christlicher Theorie und kapitalistischer Praxis klar machen. Und zwar müssen sie dies tun mit allem Ernst, der einer solch wichtigen Sache geziemt, ohne Gehässigkeit und Verhöhnung, unter Schonung der durch Gewöhnung liebgewordenen Empfindungen. Im übrigen aber müssen sie sich auf die Fortschritte der Wissenschaft und der Technik verlassen, die ihnen helfen werden im Kampfe gegen Wahn und Irrtum.

In dem Betriebe des wirtschaftlichen und politischen Lebens beobachten wir zwei scheinbar ganz entgegengesetzte Triebkräfte: den Egoismus, die Sorge für das eigene Wohl, und den Altruismus, die Sorge für das fremde Wohl. Der Egoismus feuert den Menschen an, seine eigenen Interessen tatkräftig zu vertreten, keinen Kampf und keine Opfer zu scheuen, um zu seinem Rechte zu kommen, und alles Beseite zu schieben, was sich diesem Ziele entgegenstellt. Der Altruismus lehrt den Menschen, seine eigenen Interessen zurückzustellen und sein Verhalten so einzurichten, daß die Interessen der anderen gewahrt bleiben. Diese beiden Extreme treten nur in außergewöhnlichen Momenten in die Erscheinung: bei einem allgemeinen Unglück, z. B. einem Theaterbrand oder einem Schiffsuntergang, herrscht der schrankenlose Egoismus, indem die Beteiligten fast ausnahmslos wie die wilden Tiere übereinander herfallen; bei einer Volkserhebung, z. B. in der russischen Revolution, beobachten wir den schrankenlosen Altruismus, indem die revolutionären Kämpfer ihr Leben, ihre Existenz ohne Bedenken in die Schanze schlagen. In normalen Zeiten ist der Egoaltruismus die Regel, die durch die Rücksichtnahme auf fremde Interessen gezielte Selbstsucht.

Eigenartig ist es nun, daß die oberen Volksschichten sich in den Mantel des Altruismus hüllen, trotzdem sie in Wirklichkeit traffe, rücksichtslose Egoisten sind. Sie sprechen mit Vorliebe von ihrem selbstlosen Idealismus: Die Fürsten tragen die schwere Bürde ihres verantwortungsvollen Amtes nur aus Liebe zu ihrem Volke, sie nennen sich die Väter ihrer Untertanen und die Hirten der Völker, deren Wohl ihnen beständig am Herzen liegt; sie sind rafflos darauf aus, das Glück des Volkes, besonders der unteren Schichten, zu fördern. Die Kapitalisten denken niemals an sich selbst, sondern nur an ihre Arbeiter (wie dies der deutsche Kaiser von seinem Freunde Krupp behauptet hat), sie haben bei all ihrem Tun und Lassen nur das eine Ziel im Auge, ihren Arbeitern Brot zu verschaffen und ihnen zu Wohlstand zu verhelfen. Dagegen sind die sozialdemokratischen Führer Feinde der Arbeiter, die ihnen die teuer verdienten Groschen abpressen und ihnen jeden Vorteil mißgönnen. So schilbert man den Volksmassen die Sachlage, und Millionen von Arbeitern sind noch so rückständig, daß sie diesem Schwindel Glauben schenken. In dieser Beziehung spielen die „Diener der Kirche“, die Geistlichen, eine durchaus volksfeindliche Rolle, indem sie den Volksmassen „Untertänigkeit, Gehorsam und Anhänglichkeit an die Herren“ predigen. Die Religion wird dazu mißbraucht, das Volk zu entnerben und zur Knechtseligkeit zu erziehen. Und das nennt man dann die Erziehung der Massen zum Idealismus.

Diesem falschen Idealismus gegenüber müssen die breiten Volksschichten zu einer gefunden Realpolitik angehalten werden. Sie müssen zur Erkenntnis geführt werden, daß es ihr ureigenstes Interesse erfordert, diejenigen Ziele und Zwecke zu verfolgen, die dem Lebensprinzip des Materialismus entsprechen. Ihre weltliche Sentimentalität und vom Ideal angebrachte Mitleid mit den anderen Bevölkerungsschichten muß das Proletariat für sich selbst sorgen und seine Hebung auf eine höhere Stufe materieller, geistiger und moralischer Entwicklung durchsetzen. Diese Taktik des Starren wird das Proletariat zum Siege führen, nachdem es seit Jahrtausenden fremden Interessen gebietet und sich für fremde Ideale geopfert hat. Hierbei ist allerdings zu bemerken, daß wie Lassalle in seinem „Arbeiterprogramm“ ausführt, das Interesse der Arbeiterklasse mit den Interessen der gesamten Menschheit und den Forderungen der Kultur zusammenfällt, so daß der Egoismus des Proletariats im Grunde genommen weiter nichts ist, als ein Kampf für die höchsten Güter des Volkes. Hieraus ergibt sich auch die Folgerung, daß alles das, was das aufstrebende Proletariat für seine Hebung tut, vom Standpunkte der Sozialethik aus, als moralisch bezeichnet werden muß, während alles das, was der Kapitalismus tut, um die Volksmassen herabzudrücken oder im Glende festzuhalten, den Gesetzen der sozialen Moral widerspricht.

Ein Umstand ist es besonders, der dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse hindernd im Wege steht, nämlich das Hängen an dem Altgerbrachten, der Konservatismus, und die Scheu vor dem Neuen, der Misoneismus. Millionen von Menschen haben eine förmliche Angst vor allen tiefgreifenden Veränderungen auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete, und sie halten krampfhaft fest an längst überlebten Formen und Gebilden. Die Ursache dieser überall zu beobachtenden Tatsache liegt darin, daß die Menschen zu kleine Zeiträume überblicken und für die kolossalen Veränderungen kein Auge haben, die sich in der Menschheitsgeschichte abgespielt haben. „Wünnte der einzelne Mensch“, sagt der Wiener Soziologe Wenger sehr treffend, „als ein ewiger Jüde die ganze menschliche Entwicklung durchleben, von dem Zeitpunkte an, wo der Mensch als Urwaldbestie im Dickicht herumfrisch, bis zu der Gegenwart mit ihrer gewaltigen Wissenschaft und Technik, mit ihren Domen und Palästen, ihren fein ausgebildeten Staats- und Kirchenverfassungen, so würde er auch die größten politischen und sozialen Umgestaltungen, wie etwa den Uebergang vom

### Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Sachstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
  - Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bauzen (Waggonfabrik), Celle, Eilenburg, Frankfurt am Main, Heidelberg, Langenberg, M. J. L., Liegnitz (Möbelfabrik Gentner), Lützenwalde, Ludwigshafen a. Rh., Magdeburg, Mannheim, Müchauerach (Wöhl), Muskau, Rathenow, Schöneberg-Berlin (Mantischlerei Bergow), Schwennungen i. Wirt. (Möbelfabrik Lauffer), Sommerfeld, Stuttgart (Monturmöbelfabrik G. Becker), Meran in Tirol, Schweden, London.
  - Korbmachern nach Bremen (Gebr. Stolle), Loth, Stettin mit Utdamm und Finkenwalde.
  - Drechsler nach Bockenheim, Lützenwalde, Nürnberg (Wolff), Offenbach a. Main (Schimmel).
  - Stellmachern nach Bauzen (Waggonfabrik), Berlin (Erdmann u. Hoff, Linienstraße), Reinickendorf bei Berlin (Motorwagenfabrik).
  - Mobellischlern nach Berlin (Wormann u. Kaerting), Rothenburg a. Saale (Prinz Carlshütte), Langerhütte (Reibes).
  - Vergolbern, Politurearbeitern und Rahmenschreibern nach Zürich und Schweden.
  - Polierern nach Berlin (Erdmann u. Hoff).

Individualistischen zum sozialistischen Staate für leicht durchführbar halten. So aber, da die Einzelnen nur einen verhältnismäßigen Ausschnitt aus der Gesamtentwicklung der Menschheit mit eigenen Augen beobachten können und die großen Umwälzungen der Vergangenheit überhaupt nicht kennen oder bestenfalls im Lichte der konservativen Geschichtsschreibung betrachten, werden die breiten Volksmassen in der Regel lieber die furchtbaren Nebel der geltenden Ordnungen ertragen, als das Wagnis einer grundstürzenden Umgestaltung unternehmen."

Zum Glück für die Menschheit ist dieser Konservatismus immer mehr im Schwinden begriffen. Durch die zunehmende Bildung des Volkes, besonders auch im Gebiete der Sozial- und Kulturgeschichte, sowie durch die Fortschritte der Technik und der dadurch bewirkten Umwälzungen im Leben der Menschheit, wird der blinde Beharrungswahn, der wie ein Spindel auf der Menschheit lastet, weichen und dem Sinne die neue Platz machen. Aus diesem Grunde ist es die wichtigste Aufgabe der Volkspolitik, die Massen mit dem Entwicklungsgesetz vertraut zu machen und ihnen den energischen Willen einzuflöschen, den neuen Zuständen die Bahn zu öffnen und das alte Unrecht in neues Recht zu verwandeln. Verstand und Wille müssen zusammenwirken, um das Neuland zu erschließen, das uns als heißersehntes Ziel vor sich weht.

### Der Herr Generalsekretär hat's Wort.

Der Herr Adam Stegerwald, von Zentrums Gnaden Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, hat in Aachen eine Rede gehalten, womit der von M. Gladbach verordnete Feldzug zur Rettung des Zentrums eingeleitet worden ist. Das Zentrum ist sich seiner Sünden bewußt, die es durch sein Verhalten bei der Reichsfinanzreform auf sein Gewissen geladen hat; es weiß, daß die von ihm herbeigeführte neue Belastung der breiten Masse Verwirrung und Erbitterung auch unter seinem Arbeitergefolge hervorgerufen hat; es weiß, daß der rote Feind vor seiner Türe steht und daß für zahlreiche seiner proletarischen Anhänger der Schritt aus dem schwarzen in unser Lager nur eine Frage der allerersten Zeit, nur eine Frage des genügenden Anlasses ist und daß dieser Anlaß durch das Mitwirken des Zentrums bei dem jüngsten Raubzug auf die Tasche des arbeitenden Volkes für viele gegeben ist. Da heißt es vorbeugen, da heißt es retten, was noch zu retten ist, und so hat denn M. Gladbach den Ruf in die katholischen Lande nach Abhaltung von christlichen Arbeiterversammlungen ergehen lassen, und Herr Adam Stegerwald, als getreuer Zentrumsknappe, ist der erste, der dem Rufe folgt und in Aachen, der Industriemontanen Stadt, eine Rede gehalten hat, die das führende Zentrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung“, ob ihres „reichhaltigen Gedankeninhaltes, der Zeichnung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge, sowie der Charakterisierung der sozialdemokratischen Gefahrarbeit“ der ausführlichen Wiedergabe für wert hält. Das ist des Lobes reichlich viel, indes der Herr Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften verdient die Anerkennung von Zentrumsseite, so wenig verdient das Lob an sich auch ist — namentlich wegen der „Charakterisierung der sozialdemokratischen Gefahrarbeit“, worauf es dem Zentrum in erster Linie ankommt und womit denn auch die Rede des Herrn Generalsekretärs zum guten Teil ausgefüllt ist.

In Köln, auf dem letzten Kongress der christlichen Gewerkschaften, empfand Herr Stegerwald noch ein Gruseln vor der Politik; nicht um 50 000 Mk. Diäten, so versichert er, werde er sich in den Reichstag wählen lassen, und in seiner Stimme zitterte ein Nachhall jener „schweren inneren Kämpfe“, die nach seiner Mitteilung die christlichen „Arbeitervertreter“ im Reichstag während der letzten Monate durchlebt hatten. Jetzt aber hat er sich wieder gefaßt, er steht wieder auf der Höhe der Situation, und so verkündet er denn in Aachen: „Neh bedauere die durch die Reichsfinanzreform für die christliche Gewerkschaftsbewegung geschaffene Situation eigentlich nicht; sie mußte einmal kommen. Die Verhältnisse erforderten längst eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen christlicher Arbeiterbewegung und politischer Sozialdemokratie. Durch die Reichsfinanzreform werden wir nun zu dieser gedrängt.“ Herr Stegerwald unterschätzt seine „Verdienste“. Er hat schon wiederholt eine solche „Auseinandersetzung“ gegeben und vor der gesamten Kulturwelt die Grenzen gezogen zwischen christlicher und sozialistischer Arbeiterbewegung. Allerdings muß zugegeben werden, daß die Welt dabei nicht klüger geworden ist und, soweit sie nicht im Banne des Merkantilismus steht, durch Herrn Stegerwald sich nicht hat überzeugen lassen, daß die christlichen Gewerkschaften das Ideal einer Arbeiterbewegung, als was der Herr Generalsekretär sie anzupreisen liebt, sind. Und dabei wird es auch wohl bleiben und nach wie vor wird der Kundige die viel gerühmte „politische Neutralität“ im Sinne des Herrn Stegerwald für Humbug und die christlichen Gewerkschaften für das halten, was sie waren, sind und bleiben werden: für die Schutztruppen des Zentrums, genau so, wie die Herren Stegerwald, Giesberts und Genossen nichts sind als die politischen Handlanger des Zentrums, die ihren Einfluß auf einen Teil der katholischen Arbeiter dazu benutzen, die Beutelschneiderei der Ultramontanen zu stützen, wie das das Beispiel des Herrn Generalsekretärs Stegerwald zur Genüge beweist.

Für die Sozialdemokratie war nach Herrn Adam Stegerwald die Reichsfinanzreform nur ein Agitationsmittel. Die Partei befand sich nach der Meinung dieses tiefgründigen Politikers seit 1903 in einer „jämmerlichen Lage“, aus der sie durch die Reichsfinanzreform herauszukommen sucht, und weiter hat Herr Stegerwald entdeckt, daß die Sozialdemokratie bei der Reichsfinanzreform „ein frivoles Spiel mit den Arbeiterinteressen getrieben“ hat. Beweis dafür: hier ein Schnitzelchen aus einer sozialdemokratischen Rede, da ein Schnitzelchen aus einer sozialdemokratischen Zeitung oder einem unserer Gewerkschaftsblätter. Das genügt für den von der „Kölnischen Volkszeitung“ ob seiner Einsticht in die „wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge“ belobten Herrn Generalsekretär, um die Sozialdemokratie in Grund und Boden zu verdammen und das Zentrum, dem er auf Gedeih und Verderb verpflichtet ist, hinmelnhoch zu preisen wegen seiner „Verdienste“, die darin bestehen, vor der Wahl zum letzten Reichstage sich hoch und heilig gegen die weitere Vermehrung der indirekten Steuern verschworen und dann, als ihm die Gelegenheit winkte, der ultramontanen Bourgeoisie wieder den Platz an der Staats- und Futtertrappe zu sichern, dem arbeitenden Volke eine weitere Last von 365 Millionen Mark aufgehakt zu haben.

Der Herr Generalsekretär kann die Tatsache nicht abstreiten, daß seine Partei vor kurzem noch ebenso eifrig die weitere Vermehrung der indirekten Steuern verurteilte, wie sie sie jetzt als „national frei“ preist. Aber wozu gäbe es denn ein Zentrum und, wenn man nicht versuchen wollte, die die Sünden anderer aufzuwaschen. „Die Sozialdemokratie — so sagt Herr Adam Stegerwald — zieht jetzt Land auf, Land ab, um die Arbeiterwähler bürgerlicher Parteien damit abzuschrecken, daß diese früher zu einzelnen Steuern den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen hätten zu demjenigen, den sie heute einnehmen. Das ist meines Erachtens nicht die größte Sünde der bestreiffenden Parteien.“ Und um das zu belegen, weist der Herr Generalsekretär hin auf eine Rede, die Bebel 1907 in einer Berliner Maurerversammlung hielt und worin er die Antwesenden ersuchte, es den Gewerkschaftsführern nicht als Vorwurf anzurechnen, wenn sie das, was sie vor Monaten selber angeregt und unterstützt haben, nun aus bestimmten Gründen für undurchführbar halten, das gerade ihnen im Gegenteil zur Anerkennung, denn es beweise, daß sie es mit ihrer Verantwortung sehr ernst nähmen. Und aus eigener Erfahrung fügte Herr Stegerwald noch hinzu, er kenne „Gewerkschaftsführer, die kurz vor der Verhandlung mit Unternehmern in öffentlichen Versammlungen entschieden und unter allen Umständen an bestimmten Arbeiterforderungen festhielten und wenige Stunden später im Verhandlungsraume, als nicht mehr herauszuholen war, Schritt für Schritt zurückwichen und noch am selben Tage mit dem Aufgebote ihrer ganzen Redefähigkeit Massenversammlungen von der Wichtigkeit ihres Verhaltens zu überreden versuchten und überzeugten.“ Und frohlockend ruft der Herr Generalsekretär aus: „Was ist das anders als ein „Umfall“, den die Sozialdemokratie seit Jahren anderen Parteien als das größte Verbrechen und schändlichen Verrat angekreidet hat? Das gleiche muß schließlich auch anderen Parteien eingeräumt werden, denen darum zu tun ist, praktische Politik zu treiben.“

Damit dürfte so ziemlich die Höhe der Gemeinheit, die an der Arbeiterbewegung verübt werden kann, erreicht worden sein. Man denke: Arbeiter treten mit bestimmten Forderungen in einen Lohnkampf, mit Forderungen, die ihnen ihre Führer als berechtigt empfohlen und die von den Kämpfenden daher mit Entschiedenheit verteidigt

werden. Die Uebermacht des Unternehmertums will es anders, die Arbeiter müssen sich mit weniger begnügen, und die Führer erfüllen ihre Pflicht und empfehlen die Annahme des zunächst Erreichbaren. Was ist selbstverständlicher, vernünftiger und notwendiger als ein solches Verhalten! Und diese Taktik, die in der Natur der wirtschaftlichen Kämpfe liegt, wagt der Herr Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften auf eine Stufe zu stellen mit dem Verhalten einer Partei, die sich vor der Wahl auf das Entschiedenste gegen die Mitwirkung bei der Vermehrung der indirekten Steuern verpflichtet, um nach der Wahl dem Volke eine indirekte Steuerlast von niegekehrter Höhe aufzuhalsen. Bellügt, betrügt, verrät und verkauft das Volk, erlaßt Wahlauftrufe und Parteiprogramme und tut von alledem, was ihr darin verheißten habt, das Gegenteil, die Arbeiterführer tun ja nichts anderes, wenn sie den Arbeitern die Annahme geringerer Zugeständnisse empfehlen, als sie ursprünglich gefordert hatten. Herr Adam Stegerwald stellt die gewerkschaftliche Taktik mit dem schändlichsten Volksverrat und Volksbetrug auf dieselbe Stufe, und dieser Mann ist Generalsekretär vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften!

### Soziales.

#### Holzfallereien.

□ In der „Frankfurter Zeitung“ machte am 15. Oktober dieses Jahres ein „Fachmann“ vom Holzberufe seinem gepreßten Herzen Luft; er erwartet von den Gesetzgebern, daß die Holzfallereien wieder bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften berichtigt werden. Bei der letzten Reform des Unfallversicherungsgesetzes habe man der Landwirtschaft Vorteile zu erweisen gesucht, indem man die Holzfallereien der im Handelsregister eingetragenen Holzhandlungen gesetzlich den gewerblichen Berufsgenossenschaften zuteilte. Das sei falsch gewesen. Man müsse jedenfalls damals „der Meinung gewesen sein, daß das Fällen von Holz ein außergewöhnlich gefährlicher Betrieb sei“. Beim Schreiben dieser Zeilen dämmerte es aber dem braven „Fachmanne“, daß das Fällen von Holz wirklich gefährlichere Arbeit ist, als — Zigarrenrauchen, denn er meint dann: „Aber selbst wenn dem so gewesen wäre, so war es erst recht ein versicherungstechnischer Fehler, einen Teil der Betriebe aus ihrem natürlichen Versicherungsverbande loszulösen.“

Die versicherten Arbeiter sehen nicht so sehr auf solche „versicherungstechnische Fehler“, die man ja bekanntlich bei der Krankenversicherung gar nicht beachtet, jeden Tag neue derartige Fehler durch Neugründungen von Betriebs- und Innungsfrankenkassen zuläßt, sondern auf die Vorteile, die ihnen durch eine anderweitige Zuteilung erwachsen. Es kann nun dem Holzarbeiter einerlei sein, ob er z. B. der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft oder der Lagerberufsgenossenschaft angehört und im Falle eines Unfalles von einer dieser Genossenschaften die Rente erhält oder erkämpfen muß. Beide sind gewerbliche Berufsgenossenschaften, die eine Rente nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienste des Verletzten berechnen müssen. Anders ist es aber, wenn der Holzarbeiter, wie ursprünglich, den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften angehört und von diesen die lange Rente verlangen muß. In der Land- und Forstwirtschaft kennt man nur ortsübliche Tagelöhne und wird die Unfallrente oft 2—3mal niedriger ausfallen, als bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften. Beispiele könnte man ja massenhaft dafür anführen.

Zahlreiche Schreiner, Zimmerleute usw. werden heute schon in den Holzfallereien beschäftigt. In Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs wird der Zuzug noch stärker, neue gelernte Arbeiter müssen sich anbieten, um nur ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Man nimmt aber auch mit Vorliebe Arbeiter dieser Branchen, weil sie leistungsfähiger sind als viele ungelernete Arbeiter. Daneben müssen im Winter zahlreiche Bauarbeiter ihren Lebensunterhalt als Holzfaller verdienen, und alle werden von den Besitzern der Forsten — Staat oder Gemeinde — als forstwirtschaftliche Arbeiter angesehen. Verunglückt nun ein solcher Bauarbeiter, zumal die Unfallgefahren im Winter doppelt höher sind, so erhält er in den ersten 13 Wochen des Unfalls von der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gar keine Rente, selbst wenn er schon in der achten Unfallwoche erwerbsfähig erachtet wurde und arbeiten ging. Der gewerbliche Arbeiter hat in solchen Fällen gemäß § 13 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes das Recht, die Rente schon von Beginn der achten Unfallwoche zu beziehen.

Aber auch die Rente selbst ist ja viel, viel schmaler als die des gewerblichen Arbeiters. Als Bauarbeiter hatte der Verletzte z. B. im Jahre über 5—6 Mk. Tagesverdienst und würde er im Falle einer Verletzung im gewerblichen Betriebe Anspruch auf eine Unfallrente aus einem Jahresarbeitsverdienst von 1400—1500 Mk. haben. Bei 1500 Mk. Jahresverdienst beträgt die Vollrente z. B. 83 Mk. pro Monat. Verunglückt er aber zur Winterszeit im Gemeindefall, so berechnet sich seine Rente nach dem Jahresverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter, der in manchen Gegenden Deutschlands nur 320—400 Mk. beträgt. Statt eine Rente von 83 Mk. pro Monat, würde er also eine Rente von 25—30 Mk. pro Monat erhalten.

Der „Fachmann“ in der „Frankfurter Zeitung“ übersieht natürlich dies alles und beklagt ferner, daß zu Zeiten Winters das Reichsversicherungsamt auf Drängen der Verletzten immer neue Betriebe dieser Art zu gewerblichen







Der Bund der Stellmacher- und Wagnerinnungen hat seine Generalversammlung vom 21. bis 24. August in Berlin abgehalten. Wir entnehmen dem im Verbandsorgan veröffentlichten Bericht über die gepflogenen Verhandlungen, daß der Verband in den letzten 2 Jahren eine Zunahme von insgesamt 44 Mitglieder erfahren hat. Er zählte am 30. Juni 1520 Mitglieder in 42 Innungen und dazu 46 Einzelmitglieder. Im letzten Geschäftsjahr hatte der Verband eine Einnahme von 1210,77 Mk. und eine Ausgabe von 934,66 Mk. Das Vermögen beträgt 3456,07 Mk. Der Haushaltsplan für das nächste Jahr balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1070 Mk. Als Einnahme an Beiträgen sind 750 Mk. vorgesehen, welchen an Ausgaben unter anderem gegenüberstehen als Entschädigung für den Vorstand 240 Mk. und für Agitation 380 Mk. Wir finden an diesen Zahlen an sich nichts Besonderes. Aber angesichts des Gerüdes von der Vergeudung der Arbeitergewerkschaft in den Arbeiterorganisationen ist es nicht uninteressant darauf hinzuweisen, welche Verwendung das in den Unternehmerorganisationen aufgebrachte Geld findet.

Auf dem Verbandstage der Stellmacher finden wir auch einige Herren wieder, die in den Organisationen der Tischlermeister eine große Rolle spielen. Herr Dr. Müffelmann hielt als Vertreter des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände einen Vortrag, in welchem er die Bedeutung dieses Ausschusses und seinen Einfluß auf die Gesetzgebung schilderte. Herr Kahardt sprach über: „Arbeitskammern und Versicherungsreform“. Auf den Inhalt des Referats einzugehen können wir uns sparen, da die Stellung des Schutzverbandvorsitzenden zu den Gesetzen bekannt ist. Bemerkenswert ist die folgende Äußerung dieses besoldeten Agitators der Scharfmacher: „Von den Arbeitnehmern kommen natürlich die Herren Führer und besoldeten Agitatoren in die (Arbeits-)Kammern, denn ruhige anständige Arbeiter, die nicht vom Parteidübel besessen sind, dürfen im Kreise ihrer Kameraden ja nicht mehr den Mund aufmachen.“

Wenig zufrieden mit den Erfolgen seiner Tätigkeit unter den Stellmachermeistern ist ein anderer Scharfmacherföhdling, der berühmte Generalsekretär Kasse, der für seinen Arbeiterschutzbund Propaganda machte. Er beklagte, daß nur an wenigen Orten Verständnis unter den Stellmachern für die Sache des Schutzverbandes herrsche. Im Stimmung für seinen Schutzbund zu machen, wies er darauf hin, was der Arbeiterschutzbund der Holzindustriellen und Tischlermeister bereits geleistet hat, und Herr Ehrenobermeister Nicht war so freundlich, ihm die Nichtigkeit seiner Ausführungen zu bestätigen. Im Geschäftsbericht war übrigens bereits mitgeteilt worden, daß eine zu dem Zweck gewählte Kommission das Statut für einen Schutzbund ausgearbeitet habe, und daß bereits eine lebensfähige Ortsgruppe in Berlin existiere. Wie sich der Schutzbund weiter entwickeln wird, wollen wir in Ruhe abwarten. In dem Geschäftsbericht wurde unter anderem auch mitgeteilt, daß dem Vorstand von erfolgreichem Streiks der Gesellen in den Verbandsinnungen während der verfloffenen zwei Jahre nichts bekannt geworden sei, womit natürlich nicht gesagt ist, daß solche nicht geführt wurden.

Eine Agitationsrede für die Mittelstandsvereinigung hielt der Generalsekretär Just. Er hatte auch den Erfolg, daß eine Resolution angenommen wurde, in welcher den Stellmacherinnungen empfohlen wird, der Mittelstandsvereinigung mit einem freiwilligen Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied und Jahr beizutreten. In dem Kleinen Befähigungsnachweis haben die Stellmachermeister keine ungetriebene Freude. Es geht ihnen wider den Strich, daß die alten Meister, welche die Meisterprüfung nicht abgelegt haben, aber nach dem seitvergangen Recht Lehrlinge ausbilden dürfen, nun verpflichtet sind, sich diese Befugnis von der unteren Verwaltungsbehörde erteilen zu lassen. Der Handwerkskammerpräsident Dr. Fischer, der hierüber referierte, hatte Mühe, die aufgeregten Herren zu beruhigen und ihnen klarzumachen, daß es nichts Ehrverletzendes sei, sich die erforderliche Bescheinigung zu verschaffen.

Die Konkurrenz, welche den Stellmachern durch den Import amerikanischer Wagen und Wagenteile gemacht wird, führte zu der Annahme einer Resolution, in welcher den Mitgliedern der Verbandsinnungen empfohlen wird, keine Ware zu beziehen von Geschäften, welche Wagenbauartikel führen und nebenbei auch Stellmacherarbeiten anfertigen oder überhaupt irgendwie an private Kundschaft liefern.“ An Bundesrat und Reichstag ist eine Petition abgegangen, welche sich gegen die einseitige Bevorzugung der Schmiede richtet, die gegenwärtig berechtigt sind, Stellmacher zu beschäftigen und so in der Lage sind, die Ausführung von Stellmacherarbeiten zu übernehmen, während auf der anderen Seite die Stellmacher nicht berechtigt sind, sich in einer Schmiede, die sie errichten, einen geprüften Hufbeschlagsschmied als Stellvertreter zu halten. Diesem Mangel soll bei der Revision der Gewerbeordnung abgeholfen werden. Der Antrag auf Erziehung einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Sterbefasse wurde aus Zeitmangel nicht mehr behandelt, sondern dem Vorstand als Material überwiesen. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Obermeister Fidler-Berlin gewählt. Der nächste Verbandstag findet in zwei Jahren in Halle statt.

### Gewerkschaftliches.

#### Der Gelben Erwachen.

Unter gelben Arbeiterbergen versteht man die Organisationen, die meist unter der fälligen Mitwirkung der Unternehmer oder ihrer Agenten, gegründet wurden zu dem Zweck, die Arbeiter in Zufriedenheit und Anechtlichkeit zu erhalten. Die Unternehmer erweisen sich diesen Vereinen gegenüber mitunter recht freigebig. Aber diese Freigebigkeit ist rentabel. Die Spenden sind nur ein geringer Teil des den „zufriedenen“ Arbeitern vorzuhaltenden Lohnes. Die Bezeichnung als gelbe

Vereine ist noch nicht überall eingeführt; manche von diesen Organisationen von Unternehmersgnaden gehen unter anderem Namen, wie „Vaterländische“ Vereine, „Reichstreue“ Vereine usw. Im Wesen dieser Vereine ist aber kein Unterschied; man kann sie, ohne ihnen unrecht zu tun, ruhig mit den übrigen Gelben über einen Kamm scheren.

Wir haben schon öfters darauf hingewiesen, daß man zwar nicht zwischen den gelben Organisationen, wohl aber zwischen ihren Mitgliedern einen Unterschied machen muß. Es ist immer nur ein verhältnismäßig kleiner Teil von ihnen aus Prinzip gelb. Die meisten haben sich nur zähneknirschend in der Sorge um ihre Existenz dem Terrorismus der Unternehmer gefügt, als sie ihre Mitgliedschaft bei den Gelben anmeldeten. Die Unternehmer, die im Vertrauen auf die Hundstreue ihrer Gelben glauben, der Arbeiterchaft jede Unbill zufügen zu können, tanzen auf einem Vulkan. Das Klagengefühl kann bei den unterdrückten und geknechteten Massen wohl eine Zeitlang ruhen, aber es ist ein Feuer, das unter der Asche glüht. Ein plötzlicher Windstoß kann es entfachen, und dann bricht es mit der Stärke einer Naturgewalt hervor, zum Schrecken der Unterdrücker.

Das können wir jetzt bei den Bergleuten im Mansfelder Revier beobachten. Etwa 21 000 Bergleute arbeiten dort zu den elendesten Bedingungen. Die Aktionäre machen, obwohl der Ertrag der Mansfelder Silber- und Erzgruben stark zurückgegangen ist, immer noch ein glänzendes Geschäft, aber der Lohn der Bergarbeiter geht andauernd zurück. Betrag der Durchschnittslohn im Jahre 1907 noch 3,57 Mk., so war er im Jahre 1908 auf 3,26 Mk. gefallen, obwohl die Gewerkschaft (so nennt man die Gesellschaft der Bergwerksunternehmer) im gleichen Jahre einen Reingewinn von über 3 000 000 Mark erzielte. Aber die Herren konnten es sich erlauben, die Arbeiter bis aufs Blut auszubeuten und sie noch moralisch zu mißhandeln. Waren doch ihre Sklaven im Reichstreuen Bergarbeiterverband organisiert, und sie brauchten nicht zu fürchten, daß diese Menschen es jemals wagen würden, an ihren Ketten zu rütteln.

Als der Bergarbeiterverband kürzlich versuchte, im Mansfelder Bezirk Boden zu fassen und er auch Mitglieder gewann, da wurden die Verbandsmitglieder brutal gemahregelt. Diese Mahregelungen brachten das schon lange übervolle Maß zum Ueberlaufen. Die Mansfelder Bergleute nahmen den Kampf um das Koalitionsrecht auf, und anfangs Oktober begann zunächst auf einem Schacht der Streik. Die Bergherren waren überrascht, hatten sie doch unbedingt auf das sichere und feste Bollwerk der Reichstreuen gebaut, und nun müssen sie sehen, daß dieses Bollwerk zusammenbricht wie ein Kartenhaus. Vergebens ist der Appell an die Königstreue, den Fahrenleid und die Vaterlandsliebe; in den jahrzehntelang unterdrückten Bergklaven ist der Mensch erwacht. Sie kämpfen um ihr Koalitionsrecht, um Anerkennung ihrer Menschenwürde, um besseres Brot!

Das Unternehmertum geht natürlich mit den schäblichsten Mitteln gegen die streikenden Arbeiter vor. So wurden beispielsweise drei Vorstandsmitglieder des Bergarbeiterverbandes von dem Hotelbesitzer, bei dem sie sich einlogiert hatten, auf Veranlassung der Bergherren an die Luft gesetzt. Ein niederträchtiger Streich, der zwar den Gemühten nicht weiter schadet, aber die Kampfesweise der Bergarbeiter sehr beleidigt.

Das interessanteste an dem Kampf, im Mansfelder Revier ist der vollständige Zusammenbruch des Reichstreuen Bergarbeitervereins. Die örtlichen Leiter der Reichstreuen bemühen sich sogar, dem Bergarbeiterverband Lokale zu verschaffen und sind in den Streikbureaus tätig. Die Bergwerksdirektion hatte durch öffentliche Bekanntmachung gedroht, daß jeder, der sich von den „gewissenlosen Hezern“ betören lasse, aus der Belegschaftsliste gestrichen, später nicht wieder eingestellt und so aller Rechte an die Knappschaftskasse und aller Wohltaten, welche die Gewerkschaft ihren Arbeitern gebe, verlustig ginge. Diese Drohung verfaßt aber nicht mehr. Die Bergleute atmen auf, daß sie nicht mehr „Reichstreue“ heucheln brauchen. Als in Altdorf bei Eisleben der Bergarbeiterverband kein Lokal bekommen konnte, ging der Vorsitzende der Reichstreuen zum Besitzer des größten Saales, um ihn zu veranlassen, sein Lokal zur Verfügung zu stellen. Dem Wirt, der sich wunderte, daß ein solches Verlangen von dem Führer der „Reichstreuen“ gestellt wurde, antwortete er: „Ja, auch ich! Es muß noch besser kommen, denn lange genug haben die Zustände angehalten, es ist die höchste Zeit, daß sie geändert werden, und dazu müssen auch die Altdorfer Kameraden mithelfen.“

Der Streik dehnt sich von Schacht zu Schacht aus, und wenn die Unternehmer nicht nachgeben, wird die Arbeit bald im gesamten Mansfelder Gebiet ruhen. Natürlich beobachtet auch die Regierung die Vorgänge sehr genau, und sie hat das probateste Mittel ergriffen, um aus den Mansfelder Bergknappen den letzten Rest von Reichstreue herauszuzreiben. Sie hat sechs Kompagnien Soldaten und eine Maschinengewehrabteilung ins Streikgebiet geschickt, die mit Flinten und Maschinengewehren die aufgeregte Bevölkerung „beruhigen“ und den Hunger der Arbeiterfamilien mit „blauen Bohnen“ stillen sollen. Aufreizender als alle Reden der Bergarbeiterführer, die in überfüllten Versammlungen gehalten werden, wird die Anwesenheit des Militärs im Streikgebiet wirken.

Dieser Streik der „Reichstreuen“ ist ein Warnungssignal für jene Industrieherrn, welche die Gründung von Gelben Vereinen als Sport betrachten und dann glauben, ihren Arbeitern alles bieten zu können, weil sie außerstande sind, sich zu wehren. Mit der Belebung des Wirtschaftslebens wird das, was man die Werbekraft der Gelben nennt, ohnehin stark nachlassen; hoffen wir, daß der Zusammenbruch der reichstreuen Herrlichkeit im Mansfelder Bergbaugebiet von guter Vorbedeutung ist für die Abschüttelung der ganzen gelben Schmach von der deutschen Arbeiterschaft.

Die Siebenerkommission der Bergarbeiterverbände hat wiederum eine Sitzung gehalten. Nachdem sich der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter von der Teilnahme an den nationalen und internationalen Bergarbeiterkongressen ausgeschlossen und statt dessen einen schmügigen Verleumdungskfeldzug gegen den Deutschen Bergarbeiterverband eröffnet hat, konnte man meinen, daß das einigende Band, welches trotz aller Differenzen die vier rivalisierenden Bergarbeiterorganisationen umschlungen hat, endgültig zerrissen sei. Man möchte es fast als ein Wunder ansehen, daß trotzdem eine Sitzung der Verbandsvertreter zustande kam und daß der alte Verband, allen Hader vergessend, der Einladung der Christen folgte leistete.

Dieses Wunder haben die Scharfmacher zuwege gebracht. Der Bechenverband im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier will die Mahregelungsmethoden, die er bisher geübt hat, vervollkommen. Das System der Schwargen Listen genügt ihm nicht mehr, er will einen zentralisierten Arbeitsnachweis einführen und diesen mit allen Feinheiten einer raffinierten Mahregelungskunst ausstatten. Dieses neue Attentat auf die Freizügigkeit der Bergarbeiter hat die Organisationen zusammengebracht. Die Sitzung der Verbandsvertreter hat stattgefunden und es ist beschlossen worden, Eingaben an den Vorstand des Bechenverbandes, an das Oberbergamt in Dortmund und an den Handelsminister zu richten. Ob diese Eingaben Erfolg haben, bleibt abzuwarten. Sollten die Scharfmacher ihre Pläne durchführen, dann könnte das für den gewerblichen Frieden im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau die schwerwiegendsten Folgen haben.

München im Zeichen der Tarifverhandlungen. Das kommende Jahr eröffnet den Münchener Arbeiterorganisationen eine recht arbeits- und hoffentlich auch segensreiche Perspektive. In diesem Jahre laufen nämlich nicht weniger als 53 Tarifverträge ab, welche größtenteils immer das ganze betreffende Gewerbe umfassen und an denen unser Verband allein mit 13 Verträgen beteiligt ist. Im Monat Januar laufen ab die Tarife der: Malzfabrik J. Mayr u. Cie., Allgemeine Reinigungsanstalten von G. Schmidt und Jost u. Geiger, Allgemeine Fußbodenreinigungsanstalt, Goldleistenfabrik von Petrich. Im März: Asphaltgewerbe, Automobilfabriken, die Tarife des gesamten Baugewerbes, Maurer, Zimmerer usw., Wildhauer, Dach- und Schieferbeder, die Fuhrwerksgewerbe, Gerüstbauanstalten, Installationsgewerbe und Glaserien, Kupferschmiede, Käferei, Parkettfabriken, Parkettbodenleger und Puffer, Sägewerke, Tarif der Bau- und Möbelschreinereien und Maschinenarbeiter, Schuhmachereien, Spengler, Steinmeißel, Stukkateure und Zementfabriken. Im April: die Verträge der Konfektionsindustrie, Kleiderfabriken, Riffenfabriken, Korbmachereifabriken, Luxuswagenfabriken, Pappendelfabrik M. Rabl, Schlossergewerbe. Im Mai laufen ab die Verträge im Feilenhauergewerbe, Petroleumgeschäft von Oberth, Pfasterer, Würstlermachersgewerbe, Würstlerfabrik Pensberger u. Cie. Im Juni: Abzählungsgeschäfte, Orgelbauanstalten, Sattlereien und Drechsler. Im September: Expeditionsgewerbe, Vertrag mit der Lederindustrie, Schafereien, Zelt- und Dedenfabriken. Im Oktober enden die Verträge in den lithographischen Anstalten und im Mäkenmachergewerbe. Nicht weniger als 20 Tarifverträge enden allein im Monat März, und zwar die der größten Berufe. Dank der vollstverräterischen Zentrumspolitik und der hierdurch bewirkten Lebensmittelerhöhung, Steuererhöhungen, im Zusammenhang mit einer seit 1 1/2 Jahren systematisch vom organisierten Hausbesitz betriebenen Mietpreiserhöhung, ist es binnen kurzer Zeit so weit gekommen, daß die bisher geltenden Tariflöhne keineswegs mehr den heutigen Verhältnissen entsprechen. Es steht also ein arbeits- und schließlich recht kampfreiches Jahr bevor, das in der Lage sein könnte, unter Umständen das gesamte Erwerbsleben in München auf das tiefste zu erschüttern. Das kommende Jahr wird in München mit seiner umfassenden Tarifpolitik auch gleichzeitig den Beweis zu erbringen haben, ob in den maßgebenden Arbeitgeberverbänden auch das richtige Verständnis abwaltet zur gerechten Beurteilung der derzeitigen Lage der Arbeiterschaft und ob durch entsprechendes Entgegenkommen die bisher seit dem Jahre 1905 gemeinsam mit den Arbeitnehmerorganisationen geübte Tarifpolitik auch in Zukunft weitergeführt werden kann. Die nächsten Monate dürften schon die Entscheidungen bringen. Bis dahin gilt es aber noch, kräftig zu rüsten, um eine geschlossene, umfassend organisierte Arbeiterschaft dem organisierten Unternehmertum gegenüberstellen zu können.

Eine Warnung vor Kellnerschulen erläßt die Organisation der Gastwirtschaften. In mehreren Großstädten bestehen bereits derartige Institute, die durch markt-schreierische Neklame Schüler aus allen Ständen und jeden Alters von 14 bis 40 Jahren heranzuziehen suchen. Den Schülern wird ein hohes Gehalt abgenommen und ihnen werden hinsichtlich der Anstellung nach Absolvierung des Kurzes glänzende Versprechungen gemacht, die natürlich nachher nicht gehalten werden können. Den Direktoren dieser Kellnerschulen ist es nur um die Erlangung des Lehrgeldes dorer zu tun, die auf ihre Versprechungen hereinfallen. Es ist ganz unmöglich, zumal für Leute in vorgerücktem Alter, in 4-6 Wochen den Beruf des Kellners zu erlernen, der vor allem Fleißigkeit, Gewandtheit und Geschicklichkeit erfordert. Wer in späteren Jahren aus

irgendwem Grunde seinen Beruf wechseln muß und im Gastwirtsgerwebe tätig sein will...

Unternehmerbewegung.

Katholische Meistervereine.

Gelegentlich des diesjährigen Katholikentages in Breslau fand auch, wenig beachtet, eine Versammlung des Verbandes schlesiicher Meistervereine statt...

Dieser Beschluß sollte für die Rheinprovinz auf dem am 3. Oktober in Brühl abgehaltenen Delegiertentag des Rheinischen Handwerkerbundes in die Tat umgesetzt werden.

Die „Kölnische Zeitung“ feiert diesen Beschluß als einen Erfolg des gesunden Menschenverstandes, der sich der konfessionellen Abzweigungssucht des konfessionellen Zentrums nicht fügen will...

Aber sollte das, was den katholischen Meistern recht ist, nicht auch den katholischen Arbeitern billig sein? Der gesunde Menschenverstand sagt ja!

zu tun. Unter der Not des Lebens leiden Gläubige und Ungläubige in gleicher Weise und wenn sie sich zusammenfinden...

Nicht so die Arbeiter. Sie lassen sich weismachen, daß ihr Seelenheil in Gefahr wäre, wenn sie ihre Interessen wirksam zu vertreten suchen.

Briefkasten.

\* Raumangels halber mußten Korrespondenzen aus Dresden und Lübeck für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Samstag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr. Sektions-Versammlung der Wagner in Gemischthaus, Kolleg 5.

Anzeigen.

Lübeck. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechler, Maschinenarbeiter... Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechler und Wagner befindet sich bei Kollege Eimer...

Fritz Pohland, Buchh. 450717, geb. in Croffen an Franz Schubert, 1 Hamn bei Seuttenberg...

Wilh. Taulk, Tischler, Buchnummer 431670, geb. 11. 8. 1890, und...

Rich. Luffig, Tischler, Buchnummer 197643, geb. 20. 7. 1884, werden aufgesucht...

E. Staudte, Tischler, Buchnummer 2438, wohnen wegen einer Mietsache... Karl Schirmacher, Tischler aus Schladen...

Tüchtige Schreiner für bessere foun. Möbel sofort gesucht. Nur erste Kräfte wollen sich melden.

1-2 tüchtige Tischler, nur ältere, möglichst verheiratete Leute, werden noch gesucht.

3 Partischler für dauernde Stellung gesucht. Melts, Tischlerei mit Kraftbetrieb.

2 tüchtige Stuhlpolierer erhalten Beschäftigung bei H. C. Seifert, Reuhausen, Bez. Dresden.

Tischler, der gut zeichnen kann, als ges. Einl. 2-3000 M. Off. u. L. 8. 174 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Tischler zur Uebernahme einer Filiale gef. Erford. 500 M. Off. u. L. 8. 175 an die Exped. d. Bl.

Tüchtige Kammbieger auf Schildpatt und Zelluloid per sofort gesucht. Güter Lohn, dauernde Stellung.

Suche per sofort für dauernde und lohnende Arbeit einen durchaus tüchtigen Kreisrasppler, welcher im Feinsen beivandert...

Tüchtiger Feiler für Spazierstöcke sofort gesucht. Dauernde Stellung. Hoher Lohn.

Suche einen jüngeren Korbmacher auf weiß- und grüneschlagene Arbeit. Willy Taege, Heldrungen, Thüringen.

4 Korbmachergehilfen erhalten dauernde Beschäftigung auf Reifebörbe. Karl Wösch, Korbmachermeister, Dels i. Schleien.

Tüchtige Korbmacher auf nur bessere Reibdübel für dauernd, Erford. bis 32 M., verlangt.

Suche für sofort einen tüchtigen Hirtensmachergehilfen, der schon längere Zeit auf Hirtens-Scheiben gearbeitet hat.

Tüchtige Zu- und Rundschneider gegen Meißelergütung bei hohem Lohn auf sofort für dauernd gesucht.

S. Kornbusch, Korffabrik, Bonn.

B. Kolscher's Fachschule für Tischler und für gewerbliches Zeichnen

exter-Strasse zu Detmold Ecke Grabenstr.

3- und 6-monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht. In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Vorbereitung für die Meisterprüfung.

Schreiner-Werkzeuge. Putzhobel, feine Rückensägen, amer. Schraubenzieher sowie viele andere Neuheiten. Katalog gratis u. franko.

HEINR. BUSCH, Werkzeug-Versandhaus, Hagen i. W.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg

Reform-Putzhobel „Matador“

Schlomkes Städtebuch

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23

zwei deutsche Reichspatente

ein sofortige Porenfüllung

erschpart Material, Zeit, Arbeit

erzielt edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes.

vermeidet Oelfaule, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

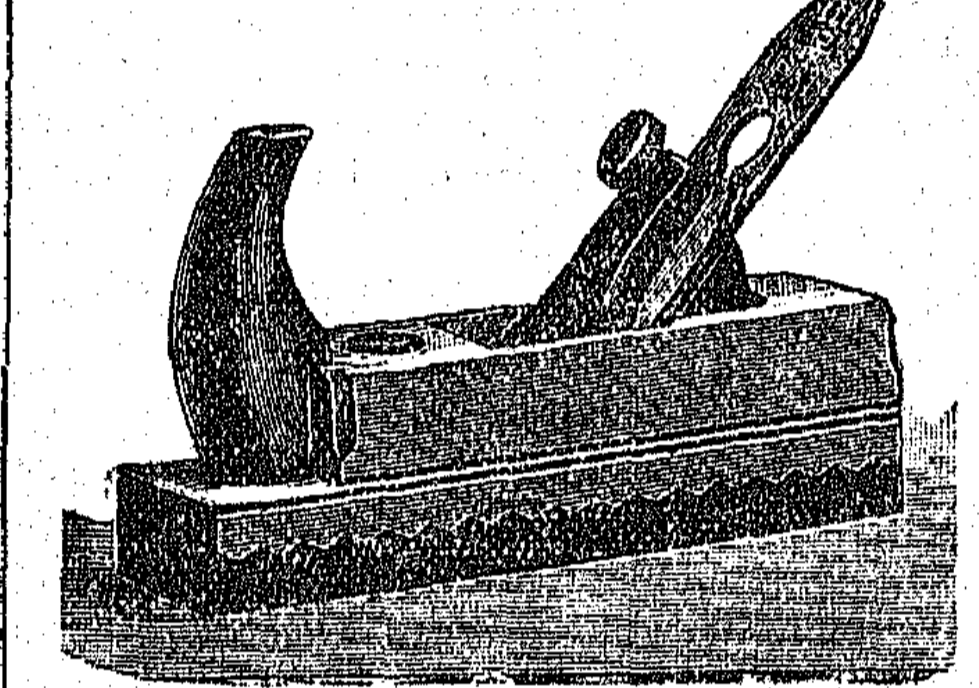
Ich vorsende zum Versuch ein Körbchen enthaltend

1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren

1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren

1 „ Patent-Politur zum Reinspolieren

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg



Reform-Putzhobel „Matador“

Schlomkes Städtebuch

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23

zwei deutsche Reichspatente

ein sofortige Porenfüllung

erschpart Material, Zeit, Arbeit

erzielt edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes.

vermeidet Oelfaule, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Ich vorsende zum Versuch ein Körbchen enthaltend

1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren

1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren

1 „ Patent-Politur zum Reinspolieren

1 „ allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.

1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)

1 „ Schleif- und Polieröl, gelblich

1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Horno“

Tischler-Fachschule Blankenburg a. Harz

Tischler-Fachschule Detmold

Hören Sie?

Guittungs-Marken und Kautschuk-Stempel

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23

zwei deutsche Reichspatente

ein sofortige Porenfüllung

erschpart Material, Zeit, Arbeit

erzielt edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes.

vermeidet Oelfaule, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Ich vorsende zum Versuch ein Körbchen enthaltend

1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren

1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren

1 „ Patent-Politur zum Reinspolieren

1 „ allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.

1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)

1 „ Schleif- und Polieröl, gelblich

1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Horno“

1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“

1 „ Binstein-Polierpulver, hellnußbraun

1 Tüte Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen

1 Stück Korkscheibklötz, 120x75x30 mm